

aller Kräfte, insbesondere aber der Laienapostel, zum großen Werk. Es ist bezeichnend, daß dabei ganz besonders auch der Besserung der sozialen Lage der Heidenländer gedacht und anderseits die Tätigkeit der vom Geiste der Katholischen Aktion getragenen Laienapostel an den Stätten des Alltags unter ihren Arbeitskollegen besonders hervorgehoben wird.

So wäre es verfehlt, wollten wir in „Quadragesimo anno“ einen zufriedenen Ruhepunkt, selbstgenügsame Rückschau und höchstens noch eine gemütliche Ausschau auf die verbleibenden Aufgaben sehen. Bei aller Anerkennung des bereits Geleisteten ist das neue Rundschreiben eine laute Anklage über so vieles, was noch nicht geschehen ist und doch schon geschehen sein könnte. Gerade in unserer Lage im Deutschen Reich, wo man zur Zeit soviel von einem Abbau der Sozialpolitik spricht, wo man die Erfolge, die seit „Rerum novarum“ die Arbeiterschaft erzielt hat, vielfach höchst unangenehm empfindet und die Not der Zeit an mehr als einer Stelle am liebsten damit beheben möchte, daß man diesen Volksteil wieder zurückschraubte in seine gesellschaftliche Klassenlage vor etwa fünfzig Jahren, hat dieser Mahnruf des elften Pius mehr als nur akademische, lehrhafte Bedeutung. Trotz mancher Besserung sind auch bei uns die Fernziele Leos, also eine einigermaßen gerechte, gleichmäßige Verteilung von Einkommen und Besitz, allgemeine Lebens- und Gesellschaftsreform durch Pflege eines nüchternen und christlich bescheidenen Lebenswandels aller Kreise, Überwindung nicht nur des Klassenhasses, sondern letztlich auch der Interessenspaltung der Gesellschaft auf dem Boden echten christlichen Bruderseins, noch längst nicht erreicht. Aufgabe all derer, die auf das Wort der Kirche hören wollen, muß es deshalb sein, der Überlieferung Leos XIII. in seiner Sorge für die Lohnarbeiterschaft treu zu bleiben, gleichviel ob es sich in den nächsten Zeiten um die Gestaltung einer neuen Ordnung auf dem Wege gütlicher Entwicklung oder auf dem Wege des Aufbaues nach dem Zusammenbruch handeln wird.

Wohnungsideale der Berliner Bau-Ausstellung

Von Jakob Overmans S. J.

In acht Hallen von zusammen 60 000 qm Bodenfläche und auf einem Freigelände von 70 000 qm hat Berlin vom 9. Mai bis zum 2. August 1931 die größte Bauausstellung gezeigt, die bisher in Deutschland zu sehen gewesen ist. Ein Teil der ersten Halle genügte der „Internationalen Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen“, in der zweiundzwanzig außerdeutsche Staaten — auch Amerika, Asien und Australien waren vertreten — ihre Bauleistungen durch Photographien, Pläne, schematische Darstellungen und stark verkleinerte Modelle vorführten. Nachbildungen in natürlicher Größe wogen auch in den deutschen Teilen der Ausstellung nicht vor, doch waren da sehr viele Baustoffe, Maschinen, Möbel, industrielle und landwirtschaftliche Betriebe echt, nicht bloß bildhaft, zu sehen. Als lebendigster Mittelpunkt aller Planung von Land und Stadt, aller Mannigfaltigkeit von Material und Herstellung erschien immer wieder

nicht der Wirtschaftsbau, der Verwaltungsbau, der Kultusbau, obgleich keiner von ihnen fehlte, sondern der Wohnbau. Ziel und Wert neuzeitlicher Menschenwohnung wurden einem aus dieser Schau und aus den gedruckten Darlegungen der Fachleute im „Amtlichen Katalog“ überzeugend klar.

Freilich hat man sich bis in die allerletzten Jahrzehnte so wenig um die besten Wohnbedingungen gekümmert, daß der heutige Baumeister oft vor geschichtlich erstarrten Hindernissen steht, die er kaum zu durchbrechen vermag. Neuyork ist stellenweise heillos verbaut, und man hat bereits den Plan erwogen, ganze Stadtviertel aufzugeben und anderswo neu zu errichten. London hat in seinem Armenviertel ein Gebiet von mehr als 100 ha geräumt und die Einwohnerschaft von rund 85 000 Köpfen günstiger untergebracht. So wohltätige Absichten werden durch die Kosten und nicht selten auch durch den Widerstand privater Eigentümer eng begrenzt. „Das berühmte Betcke-Urteil des Reichsgerichts vom 28. Februar 1930“, schreibt im „Amtlichen Katalog“ (S. 112) der Berliner Stadtbaurat Dr. Wagner, „hat den Begriff des Eigentums in einer Weise gegen das Gemeinwohl der Städte ausgelegt, daß die ganze städtebauliche Arbeit und alle Fortschritte der letzten fünfzig Jahre in Frage gestellt sind.“ Mag das etwas zu entschieden gesagt sein, jedenfalls ging auch aus andern Teilen der Ausstellung wieder hervor, daß rücksichtslose Bodenspekulation die Minderwertigkeit, ja die Abscheulichkeit sehr vieler Wohnungen, namentlich der ärmeren Bevölkerung, verschuldet hat, und daß nur langsam, zumal mit Hilfe der in den Nachkriegsjahren eingeführten Zwangswirtschaft, dieser gemeinschädliche Eigennutz der Grundbesitzer durch die Baupolizei überwunden wird.

Soll das Erreichte nicht wieder verloren gehen, muß es zunächst durch eine gesunde Baugesetzgebung allgemein gesichert, dann aber durch eine bisher noch weithin fehlende organische Verbindung der zahlreichen in Stadt und Land für das Bauwesen verantwortlichen Ämter einheitlich weitergeführt werden. Wenigstens teilweise läßt sich das schon besiedelte Gebiet so umgestalten, daß verwirklicht wird, was die idealen Aufteilungspläne für neue Städte in der Ausstellung zeigten: Erhaltung landschaftlicher Reize, zweckmäßige Anordnung der für Wohnung, Arbeit und Erholung bestimmten Flächen, bequeme Verteilung der Verkehrslinien, Festlegung der Plätze für öffentliche Gebäude, Nordsüdrichtung der Wohnstraßen und Wohnwege, damit kein Zimmer ohne Sonne bleibt.

Durch eine vorausgehende Landesplanung wäre dafür Sorge zu tragen, daß jede neue Siedlungsgruppe zugleich die für die Gesamtentwicklung des Landes günstigste Lage erhalte, obwohl das nicht leicht vorauszusehen und erst recht nicht leicht gegen politische und wirtschaftliche Widerstände der im Strahlungsbereich der Siedlung liegenden Gemeinden, Kreise und der höheren Verwaltungsgebiete durchzusetzen ist. Welche Bedeutung dabei das Wachstum des Verkehrs hat, zeigt schon die Tatsache, daß er in Deutschland heute mehr als fünfzigmal, stellenweise beinahe hundertmal so groß ist wie im Jahre 1830. Und bekanntlich ist die Verkehrsrich-

tung nicht mehr so ausschließlich wie noch vor wenigen Jahren an Schienen- und Wasserwege gebunden: vom Flugwesen ganz abgesehen, ist z. B. im Freistaat Sachsen von 1924 bis 1928 der Gesamtverkehr auf den Landstraßen um 150⁰%, der Kraftwagenverkehr um über 200⁰% gestiegen.

Nicht so schwierig wird es sein, einer Wohnsiedlung die richtige Verkehrslage zu ihrer Stadt zu geben. Allerdings bot die Ausstellung warnende Beispiele mangelhafter Rücksicht auf die Versorgung von Wohngebieten mit Wasser, Gas und Elektrizität, auf die Beseitigung von Abwässern und Müll, auf die Verbindung mit Lebensmittelmärkten, Polizei und Feuerwehr. Erhebliche Mehrkosten sind nicht einmal die schlimmste Folge solcher Unvorsichtigkeit. Andererseits braucht eine an sich gute Wohnlage nicht mehr wie früher deshalb ungenutzt zu bleiben, weil sie durch eine Schienenbahn nur in teuren und zeitraubenden Windungen erreichbar ist: der Kraftwagen überquert auf viel geringeren Umwegen Hügel und Täler. Aber auch bei ausgezeichneten Verkehrsmitteln kann eine Entfernung von 15 bis 20 km zwischen Wohnung und Stadtkern für eine fünfköpfige Familie täglich einen Zeitverlust von acht Stunden und einen Geldverlust von 2,25 Mark bedeuten. Erholungsplätze, die jeden Tag benützt werden sollen, dürfen nicht weiter als 1—2 km von der Wohnung liegen.

Alle zu einer Stadt gehörigen Wohngebiete sind so zu verteilen, daß keine der Hauptzufahrtstraßen überlastet wird. Mit dieser Forderung ist das wirtschaftlich vorteilhafte Zusammenlegen von Geschäftshäusern in der Weise auszugleichen, daß anstatt eines großen Geschäftsviertels im Mittelpunkt der Stadt mehrere kleine an weiter zum Rand hin verschobenen Knotenpunkten des Verkehrs gebildet werden. Und weil der Kraftwagengebrauch nicht nur in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst, sondern in allen Lebensverhältnissen rasch zunimmt, war es gut, daß eine große Garagenabteilung in Halle und Freiland den überraschenden Einfluß veranschaulichte, den die verschiedensten Garagensysteme durch zweckmäßige Pflege und Unterbringung von Automobilen jeder Art auf Sicherheit, Ruhe und Schönheit der Wohnviertel ausüben können.

Die gesundheitlichen Forderungen, die heute an eine Musterwohnung gestellt werden, beziehen sich vor allem auf reichliche Lüftung und Besonnung. Die Möglichkeit dazu ist in den letzten Jahrzehnten dank der Erweiterung mancher Stadtgebiete und der Verbesserung billiger Verkehrsmittel erfreulich gewachsen. Von 1900 bis 1930 ist in Essen das Stadtgebiet auf das Zwanzigfache, die Bevölkerung nur auf das Sechsfache gestiegen, in Hamburg, Leipzig und München das Stadtgebiet auf das Doppelte, die Bevölkerung nur auf das Anderthalbfache. Seit dem Jahre 1918 haben die Baureformer mit Hilfe der Baupolizei den bis dahin vorwiegenden Mietkasernenstil durch Gartenstadtsiedlungen und weit voneinander abstehende niedrige Häuserzeilen immer mehr verdrängt. An zwei lehrreichen Modellen machte die Gemeinde Wien den Unterschied zwischen den engen Steinschluchten eines alten Häuserblocks und der weit-

räumigen Anordnung der Flügel eines modernen Großhauses mit Händen greifbar.

Man hat längst erkannt, daß grüne Freiflächen keineswegs bloß ein Schmuck, sondern eine gesundheitliche Notwendigkeit sind. Aus der Erfahrung vieler Großstädte ergibt sich durch Vergleich, daß auf den Kopf der Einwohnerschaft 30 qm an öffentlichen Freiflächen zur Verfügung stehen sollten; dabei sind Plätze für Sport und Kinderspiele und ebenso Friedhöfe mit einbegriffen. Zur rechten Ausnützung dieser unbebauten Räume sind außer gärtnerischen Anlagen Sitzgelegenheiten und Milchhallen, und wo Kinder spielen sollen, auch Planschbecken, Sandkästen usw. erforderlich. Alle diese öffentlichen Freiflächen können um so kleiner und dadurch die an sich hohen Unterhaltungskosten um so geringer werden, je mehr an offenem Privatraum der einzelnen Hausanlage zugeteilt wird. Daher die Wichtigkeit von Balkonen mit Blumenkästen, von Dachgärten — auch wenn sie nur 10 qm groß sind —, von Vorgärten an der Straßenseite und von Binnengärten zwischen den Wohnflügeln eines Großhauses. Die Ausstellung ließ erkennen, daß der Hausgartenstil sich in den letzten Jahrzehnten ziemlich parallel zum Wohnstil gewandelt hat. Eine bedeutende Entlastung der öffentlichen Freiflächen sind natürlich auch die von der Wohnung getrennt liegenden Schrebergärten. In manchen Städten nehmen die Privatgärten stark zu, in Berlin z. B. seit zehn Jahren um jährlich etwa 500 ha.

So soll es denn in den neuen Wohnvierteln keine sonnenlosen Gassen mehr geben, keine engen, lichtarmen Höfe, keine Hinterhäuser, keine öden Ausblicke auf kahle Brandmauern, keine Dach- und Kellerwohnungen. Jede Wohnung hat ein halbes Jahr Mittagssonne, jede nimmt die ganze Tiefe der Bauzeile ein, so daß sie quer lüftbar ist, jede ist so gelegen, daß Rauch, Ruß und Lärm soviel wie möglich ferngehalten werden. Das läßt sich auch in ganz einfachen Verhältnissen ausführen. So zeigte das Dessauer Bauhaus eine Wohnung für zwei Personen in einem mehrgeschossigen Miethause. Ein gemeinsames Schlafzimmer hatte Morgensonne; daneben waren Bad und Küche eingerichtet. Gegenüber, also weder mit der Küche noch mit dem Schlafzimmer unmittelbar verbunden, lag in der Nachmittagssonne der Wohnraum mit leicht verstellbaren Möbeln, so daß er ebensogut zum Essen und zur Arbeit wie zu einer gesellschaftlichen Zusammenkunft dienen konnte. Den höchsten Grad an Lüftung und Besonnung bei geringstem Platzverbrauch erreichte wohl die Einraumwohnung des Dessauers Karl Fieger: 40 qm Bodenfläche lassen sich bei Tag wie bei Nacht ungeteilt in Benützung nehmen. Durch Schiebewände kann man bei Tag einen Arbeitsraum, bei Nacht Schlafnischen für drei oder vier Klappbetten abtrennen. Jede Schlafnische hat unmittelbaren Zugang in den Wasch- und Baderaum.

Kaum weniger wichtig als die Rücksicht auf die Gesundheit ist die Anpassung des Wohnbaus an die Berufsarbeit und die Familienverhältnisse. Immer mehr Verrichtungen, die früher im Hause geschehen mußten, werden durch Industrie und Handwerk, Schule und Krankenhaus übernommen,

und da auch die Frau sehr oft außerhalb der Familie einen Beruf auszuüben hat und die Kosten für Hausangestellte schwer aufzubringen sind, so ist die heutige Wohnung notwendig kleiner geworden. Die Kleinwohnung ist überhaupt schon deswegen die vorherrschende Bauform, weil in Deutschland jetzt auf 100 Erwerbstätige 40 Industriearbeiter kommen, im Ruhrgebiet und in Sachsen sogar 60 — und wie viele schlecht bezahlte Angestellte und Beamte können und müssen sich ebenfalls mit einer Mindestwohnung begnügen! Daher zeigten auch wenig industrialisierte Gebiete wie Finnland und Lettland neue Einzimmerwohnungen. Für Polen erklärt der „Amtliche Katalog“ (S. 81): „Die wirtschaftlichen Verhältnisse nötigen und die bisherigen Wohnsitten gestatten, daß eine gut eingerichtete Zweizimmerwohnung als Standard-Arbeiterwohnung und eine Anderthalbzimmerwohnung als zulässig angesehen wird.“ Jedenfalls schafft die moderne Technik, wie Beispiele in der deutschen Ausstellung bewiesen, durch einen geschickten Grundriß und durch eingebaute oder aufklappbare oder leicht verstellbare Möbel selbst unter schwierigen Bedingungen so viel Platz, daß außer einem geräumigen Wohnzimmer getrennte Schlafgelegenheiten für Eltern, Söhne und Töchter vorhanden sind. Durch neue Erfindungen bieten Dächer, Decken und Zwischenwände ausreichende Sicherung gegen unliebsame Witterungseinflüsse und störenden Lärm.

Da die Hälfte des Einkommens und oft noch mehr durch die Hände der Hausfrau geht, muß alles, was sie zu ihrer Wirtschaft braucht, so eingerichtet sein, daß jede unnötige Ausgabe von Geld oder Körperkraft vermieden wird. An den Gegensätzen zwischen einer alten und einer neuen Küche hatte man die Fortschritte, die hier gemacht worden sind, überzeugend vor Augen. Unter Umständen genügt für alles eine Kochnische oder ein Kochschrank. Eine von der Gasfabrik in Brooklyn ausgestellte Küche war besonders genau darauf berechnet, der Hausfrau jeden unwirtschaftlichen Schritt oder Griff zu ersparen. Wo auf eigene Heizung und eigene Reinigung der Wäsche Wert gelegt wird, lassen sich auch bei bescheidenem Einkommen Maschinen verwerten, die Zeit und Mühe wesentlich verringern.

Wieweit für diese und ähnliche Zwecke Gemeinschaftseinrichtungen wirtschaftlich sind, ist nach den Darlegungen des Breslauer Architekten Professor Gustav Wolf im „Amtlichen Katalog“ (S. 131—134) noch nicht auf allen Punkten entschieden. In Island hat man die heißen Quellen, in Steglitz das kochende Wasser, das in einem Industrierwerk nebenbei gewonnen wird, mit Vorteil zur Fernheizung von Wohnhäusern verwendet. Durch vervollkommnete Wärmemessung können Verbrauch und Kostenverteilung geregelt werden. Für Bewohner von Großhäusern gibt es außer gemeinsamer Warmwasserversorgung stellenweise eine gemeinsame Wäscherei, eine gemeinsame Badeanlage, gemeinsame Müllschlucker, in Amerika auch eine gemeinsame Kühlvorrichtung. Wo ein Miethaus besonders für alte Ehepaare und Einzelpersonen gebaut ist, scheint sich sogar eine gemeinsame Küche nicht schlecht zu bewähren.

Daß man Häuser von vornherein solcherlei persönlichen Verhältnissen anpaßt, ist wohl noch nicht so häufig, wie es selbstverständlich sein sollte.

Immerhin sah man auf der Ausstellung lehrreiche Versuche zu besonders eingerichteten Wohnungen für Kinderreiche, für Kriegsbeschädigte, für Schwindsüchtige, für alte Leute, für Ledige. In Amsterdam ist ein eigener Verein gegründet worden, der Wohnungen für alleinstehende Katholikinnen beschaffen will. Ein Studentenzimmer für einen jungen Techniker, der zu Hause zeichnen muß, war anders eingerichtet als ein Zimmer für einen Juristen. Der Hauptraum in einem Kleinhause für einen Sportsmann bot Platz für allerlei athletische Übungen und ließ sich zugleich durch Faltwände so abteilen, daß zwei Zimmer und fünf Einzelkojen entstanden. Eine große, reichlich belichtete Zelle für vier Gefangene enthielt eiserne Klappbetten mit Spiralgeflechten und Matratzen, praktische Schränke, kräftige Stühle um einen geräumigen Tisch, Waschbecken mit fließendem Wasser und in der Ecke ein ganz von undurchsichtigem Drahtglas umschlossenes Spülklosett mit eigener Lüftung.

Derartige Fortschritte im Dienste der Gesundheit und Wirtschaftlichkeit waren auch in den Nachbildungen kleiner und großer Bauernhäuser zu sehen. Da hatte man z. B. geruchlose Aborte in Viehfutterküchen eingebaut, Dungstätte und Ställe so gelegt, daß sie nicht von der Wohnung, sondern nur von der Futterküche aus zugänglich waren, die Wohnküche durch einen abgeschlossenen Wohnraum und eine davon getrennte Herdnische mit besonderer Lüftung ersetzt, auch bei geringem Besitz für Bad und Brause und für Heizung aller Räume gesorgt. Bei Fußböden, Decken und Dächern hatte man Stoffe verwendet, die besonders gut gegen Hitze und Kälte schützen. Wo Strohdächer vorteilhaft schienen, hatte man durch Imprägnierung die Brandgefahr so verringert, daß eine Entzündung erst bei 1000 Grad Celsius drohte. Freilich kommen diese Verbesserungen des ländlichen Wohnwesens zunächst in großem Maßstabe nur den neu geschaffenen Bauernansiedlungen zustatten. Aber das bedeutet in Preußen allein für 1931 rund 10 000 Gehöfte, und eine so weitgreifende Umstellung kann nicht ohne Wirkung auf die Besitzer älterer Bauernhöfe bleiben, sobald das Einkommen der Landwirte wieder eine Höhe erreicht, die eine regere Bautätigkeit erst möglich macht.

Überhaupt zeigte die Ausstellung, daß in Stadt und Land um die Anpassung der Baukosten an die Leistungsfähigkeit der wohnungsuchenden Bevölkerung ernsthaft gerungen wird. Während einige ländliche Siedlungsgesellschaften anerkannt billige und gute Bauten liefern, sind bei andern die Kosten noch so hoch, daß der Zinsendienst das Fortkommen des Siedlers ungebührlich hemmt. Nach der letzten auf diesem Gebiet vorhandenen Statistik, der des Jahres 1926, hatten von allen erwerbstätigen Deutschen 24,4 Millionen ein Jahreseinkommen von höchstens 2000 Mark, weitere 5 Millionen eines von höchstens 3500 Mark und nur 2,3 Millionen nahmen mehr ein. Bei ganz dürftigen Einkommen bleiben nach Deckung der für Nahrung und Kleidung unbedingt erforderlichen Ausgaben nur 5% oder noch weniger für die Wohnung übrig, während der Wohnungsanteil im Durchschnitt gegen 20% ausmachen sollte. Legt man diese Durchschnittsregel zu Grunde, so ergibt sich, daß 30 Millionen Erwerbstätige nicht mehr

als 50 Mark monatlich für Miete auszugeben haben; sehr viele können nicht einmal das bezahlen. Es ist notwendig, eine große Zahl billigster Wohnungen von etwa 25 Mark an bereitzustellen. Nun sind aber gerade die Neubauwohnungen, und das war zu Beginn des Jahres 1930 ungefähr ein Siebtel aller Wohnungen in Deutschland, unter so ungünstigen Zinssätzen entstanden, daß der entsprechende Mietzins oft doppelt so hoch sein muß wie in den Altwohnungen.

Diesen Übeln wird zunächst dadurch gesteuert, daß städtische oder andere gemeinnützige Bodenunternehmungen, die ohne Gewinn arbeiten, die Vorherrschaft auf dem Grundstücksmarkt erkämpfen und dann ohne Einschränkung Bauplätze billig abgeben. Außerdem kann der Bodenpreis durch polizeiliche Beschränkung der Flächenausnutzung und der Bauhöhe gesenkt werden. Die Bestreitung der übrigen Baukosten, die immer noch drei- bis viermal größer sind als vor dem Kriege, wurde auf der Ausstellung ebenfalls schematisch dargestellt. Vor dem Kriege erhielt ein Hausbesitzer von dem Mietertrag nach Abzug der für Instandhaltung, Verwaltung und Steuer nötigen Summe nur 15%, da in der Regel 85% für Deckung von Hypothekenschulden erforderlich waren. Nach Inflation und Aufwertung ist die Hypothekenschuld nur ein Viertel ihres früheren Betrages. Was der Hausbesitzer auf diese Weise ohne sein Zutun gewonnen hat, muß er als Hauszinssteuer wieder abgeben, und von dieser Steuer verwendet die öffentliche Hand mindestens ein Drittel zur Förderung des Wohnungsbaues durch Gewährung von billigen Hauszinssteuerhypotheken. Dadurch und durch Anleihen von Ländern und Gemeinden ist fast die Hälfte der 18 Milliarden aufgebracht worden, die in den rund 1 850 000 seit der Inflation hergestellten deutschen Wohnungen investiert sind. Von der andern Hälfte dieser ungeheuren Geldsumme haben die Bauherren 15% aus eigenem Kapital, 35% aus zahlreichen sonstigen Hypothekenquellen gedeckt. Unter den Bauherren treten in den letzten Jahren die öffentlichen Körperschaften zurück, die gemeinnützigen Bauvereinigungen steigern ihren Anteil, und die privaten Unternehmer halten sich ungefähr auf derselben Höhe wie vorher. In Großbritannien haben augenblicklich rund 10 Millionen Menschen Wohnungen, die mit Hilfe von Bauspargesellschaften beschafft worden sind.

Selbstverständlich ist für die Erhaltung und Stärkung der ethischen Werte, auf denen die gedeihliche Entwicklung der Familie und des Staates beruht, ein Eigenheim günstiger als eine Mietwohnung, aber bei der Schichtung des deutschen Volkes ist dieses alte Ideal nur noch selten zu verwirklichen. Fast jeder Deutsche in jungen und mittleren Jahren ist erwerbstätig; von allen deutschen Erwerbstätigen aber sind über 45% als Arbeiter, über 16% als Angestellte und Beamte in abhängiger Stellung, müssen also mit einem mehr oder weniger häufigen Wechsel ihrer Arbeitsstätte und deshalb auch ihrer Wohnung und sogar ihres Wohnortes rechnen. Berlin verliert jährlich durch Wegzug eine Bevölkerung von fast 400 000 Menschen und gewinnt im selben Zeitraum ebensoviel oder mehr durch Zuzug. Und mag der Wohnungswechsel anderswo geringer sein, er ist überall stark genug, den Sieg des Miethauses zu entscheiden.

Dem Menschen von heute erwächst also die Aufgabe, sich mit seiner gesteigerten körperlichen und geistigen Beweglichkeit in seinen sich immer wieder wandelnden vier Wänden immer von neuem ein Heim für sein Gemüt zu schaffen. Was die Ausstellung an technischen und wirtschaftlichen Fortschritten im Wohnungsbau zeigte, ist ohne Zweifel geeignet, diese Erhebung des Wohnwesens zu mehr als technischen und wirtschaftlichen Menschheitshöhen zu fördern. In einem besonders Raum sah man auch die Bestrebungen der Sozialpolitik, durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege für Beseitigung von gesundheitlichen und sittlichen Gefahren Sorge zu tragen.

Und daß der neuzeitlichen Wohnung die anheimelnde Schönheit nicht zu fehlen braucht, ergibt sich schon aus dem überall hervortretenden Bemühen um vollendete Anpassung der Lage, des Grundrisses, der Baustoffe, der Farben und der Möbel an den jeweiligen Zweck. Denn es ist ja nicht etwa eine „moderne“ Verirrung, sondern alte platonische Weisheit, daß ein Gebrauchsgegenstand schön ist, wenn er sich für seinen Zweck in jeder Beziehung eignet: dann ist er eben die vollkommene und strahlende Verwirklichung seiner „Idee“. Damit ist zwar der sinnlose Zierat, aber keineswegs jeder Schmuck von der Wohnung ausgeschlossen. Wie man mehr als einmal in der Ausstellung sehen konnte, gibt es z. B. eine Malerei und eine Plastik, die den Zweck der Wohnräume deutlicher machen und die von den übrigen Einrichtungsgegenständen ausgehende Stimmung einheitlich steigern.

Und so bleibt nur zu wünschen, daß die ungeheure Arbeit, die auf diese Ausstellung in schwerster Zeit verwendet worden ist, überall das Verständnis für die Tragweite der Wohnungsfrage geklärt haben möge. Gerade unter den heutigen Verhältnissen muß der Gedanke lebendig erhalten werden, den im „Amtlichen Katalog“ (S. 126) der Münchener Stadtbau- direktor Dr. Albert Gut mit den Worten des alten Volksbildners Pestalozzi ausspricht: „Nimm dem Vogel sein Nest, verdirb ihm sein Nest, so hast du ihm sein Leben verdorben. Laß dem Volke seine Wohnung im Verderben, so lässest du ihm sein Leben im Verderben. Ist seine Wohnstube im Verderben, so ist es nicht mehr Volk, es ist Gesindel, und zwar, menschlicher Weise davon zu reden, unheilbares, unrettbares Gesindel.“

Geboren aus Maria der Jungfrau

Eine religionsgeschichtliche Studie

Von Karl Prümm S. J.

Das vorstehende Thema kann gefaßt werden als ein Teilproblem der großen Gesamtfrage, wie die Begegnung des Christentums mit den heidnischen Religionen der Antike verlaufen sei. Eine solche Fassung des Themas ist durchaus verträglich mit der Überzeugung, daß die Vorstellung der jungfräulichen Geburt des Herrn eine objektive geschichtliche Tatsache wiedergibt. Daß der Glaube an diese Vorstellung schon in der Ur-